„Es darf keine Sieger und Besiegte geben“

Mittlauer Weg: BG, CDU und Grüne beantragen Mediationsverfahren

Gelnhausen-Meerholz (re). Zur Befriedung der Situation im Meerholzer Baugebiet „Mittlauer Weg“ wollen die Fraktionen von BG, CDU und Grünen mit einem gemeinsamen Antrag in der nächsten Stadtverordnetenversammlung (2. September) ein Mediationsverfahren erreichen. Dieses soll eine zukunftsorientierte Lösung eröffnen, die die Interessen aller Bewohner berücksichtigt.

Der „Mittlauer Weg“ kommt weiterhin nicht zur Ruhe: BG, CDU und Grüne beantragen nun ein Mediationsverfahren, um die verworrene und komplexe Situation rund um den Verkauf und die Verpachtung öffentlicher Grünflächen zu befrieden. FOTO: AXEL HASLER

„Es war zunächst unser Bestreben, die Ergebnisse des Akteneinsichtsausschusses abzuwarten, um dann Vorschläge für das weitere Vorgehen hinsichtlich des Baugebietes Mittlauer Weg zu unterbreiten. Die Ankündigung des Bürgermeisters, dass er demnächst erneut die Beschlussvorlage für die Aufstellung der zweiten Änderung des Bebauungsplanes ‚Mittlauer Weg‘ einbringen wolle, setzt uns unter Zugzwang“, bedauern die Antragsteller. Der Bürgermeister habe mit dieser Ankündigung erneut bewiesen, dass ihm der notwendige Respekt vor den städtischen Gremien fehle, und er dazu bereit sei, gemeinsam mit dem neuen Bündnis aus FDP und SPD rechtswidriges Handeln im Nachhinein zu legitimieren, so BG, CDU und Grüne weiter.

„HSGB ist voreingenommen und nicht an Aufklärung interessiert“

„Unser Ziel ist es, dass hier nicht voreilig Fakten geschaffen werden. Ein solches Vorgehen ist nicht geeignet, Rechtsfrieden zu schaffen und die Situation zwischen den Bewohnern zu befrieden. Um für die Befriedung der Verhältnisse eine Grundlage zu schaffen, ist es zunächst erforderlich, dass die rechtliche Situation und die Verantwortlichkeiten geklärt werden. Es soll deshalb ein spezialisierter Rechtsanwalt mit der Beantwortung einer Fragenliste beauftragt werden. Ihm sind die vorläufigen Feststellungen des Akteneinsichtsausschusses zur Verfügung zu stellen“, erläutern BG, CDU und Grüne ihren Antrag.

Die Fraktionen legen nach eigenen Angaben Wert darauf, dass nicht der Hessische Städte- und Gemeindebund beziehungsweise bei diesem tätige Rechtsanwälte mit der Begutachtung beauftragt werden. Zum einen sei der ehemalige geschäftsführende Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Karl-Christian Schelzke, nach Auskunft des Bürgermeisters als dessen Strafverteidiger tätig geworden. Zum anderen habe sowohl der ehemalige Chef des HSGB als auch das ihm nachgeordnete Personal den Appell an die Akteure gerichtet, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Offenbar wolle der HSGB die Aufklärungsverhinderungstaktik der FDP und der SPD unterstützen, mutmaßen BG, CDU und Grüne. Der HSGB sei nicht für die Begutachtung geeignet, da der Anschein der Voreingenommenheit bestehe. Es solle deshalb ein neutraler spezialisierter Rechtsanwalt beauftragt werden, argumentieren die drei Fraktionen.

„Neben der Klärung der Rechtslage ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Bewohner des ‚Mittlauer Wegs‘ miteinander zu versöhnen. Dies kann nur gelingen, wenn ein angemessener Interessenausgleich herbeigeführt wird. Es darf keine Sieger und Besiegte geben, weil so das erstrebenswerte nachbarschaftlichen Verhältnis der Bewohner nicht herbeigeführt werden kann. Die vom Bürgermeister angestrebte zweite Bebauungsplanänderung bevorzugt einseitig diejenigen, die Grünflächen erworben haben. Eine Lösung muss aber auch die Interessen derjenigen ins Auge fassen, die nicht die Chance hatten, Grünflächen hinzuzukaufen und ihre Grundstücke auf diese Weise zu vergrößern. Eine solche Lösung könne nur unter Beteiligung der Stadt in einem Mediationsverfahren entwickelt werden, zeigen sich die Antragsteller überzeugt. Bis die Ergebnisse des Mediationsverfahrens vorliegen, sollen keine weiteren Maßnahmen ergriffen oder Beschlüsse gefasst werden, insbesondere soll der Bürgermeister nicht – wie beabsichtigt – die Beschlussvorlage zur Aufstellung der zweiten Änderung des Bebauungsplanes ‚Mittlauer Weg‘ einbringen“, so die drei Fraktionen abschließend.